

Nach Mord in den USA versenden | drucken | Leserbrief  
**Abtreibungskliniken fordern Schutzzonen**



© APA

Wien, 04. Juni 2009 Immer wieder werden Frauen vor den Kliniken belästigt und beschimpft. Eine gesetzliche Handhabe gibt es gegen diese Vorgänge nicht.

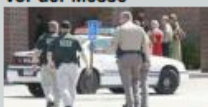
MEHR ZUR STORY

Brutale Chefin



Schwangerer Arbeiterin in Bauch getreten »

Vor der Messe



Umtrittener Abtreibungsarzt ermordet »

Spanischer Kardinal



Abtreibung böser als Kindesmissbrauch »

Anlässlich der Ermordung des prominenten Abtreibungsarztes George Tiller in den USA fordern österreichische Ärzte nun erneut Schutzzonen rund um Abtreibungskliniken. "Religiöse Fanatiker stehen praktisch jeden Tag vor unserer Tür und üben Psychoterror auf die Patientinnen aus", erklärte Christian Fiala, Leiter des Gynmed-Ambulatoriums in Wien. "Wir müssen Schritte setzen, bevor so etwas auch bei uns passiert."

**Frauen werden vor Kliniken belästigt**

Seit 1975 ist es Frauen in Österreich erlaubt, eine Schwangerschaft innerhalb von drei Monaten abzuberechen. Trotzdem seien Frauen, die sich zu diesem Schritt entschließen, bundesweit Übergriffen durch "religiöse Fanatiker" ausgesetzt, erzählt Fiala. Die Abtreibungsgegner würden sich den Patientinnen in den Weg stellen, sie als "Mörderinnen" bezeichnen, Autokennzeichen fotografieren und bis in die Straßenbahn verfolgen, um dann laut zu fragen: "Mama, warum hast du dein Kind umgebracht?" Auch das klinische Personal werde bedroht, er selbst habe auch schon

Morddrohungen erhalten, sagte Fiala, der auch Tiller persönlich kannte.

**Schutzzonen von 150 Metern gefordert**

Obwohl das Landesgericht für Strafsachen in Wien schon 2003 in einem rechtskräftigen Urteil festgehalten habe, dass die Abtreibungsgegner Psychoterror und psychische Gewalt an Frauen ausüben, gebe es keine gesetzliche Handhabe, so Fiala. Er und andere Ärzte fordern deshalb Schutzzonen im Umfang von etwa 150 Metern rund um die Ambulatorien. "Schutzzonen sind der Behörde bestens bekannt, etwa am Wiener Karlsplatz oder vor Schulen", erklärte dazu Anja Oberkofler, Vorsitzende des Vereins österreichischer Juristinnen.

Die Schutzzonen würden nicht wie oft behauptet gegen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit verstoßen, da "Grundrechte nicht die Ausübung

Die Schutzzonen würden nicht wie oft behauptet gegen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit verstoßen, da "Grundrechte nicht die Ausübung anderer Grundrechte unverhältnismäßig einschränken dürfen", so Oberkofler. Im Fall der Patientinnen seien die Grundrechte auf Schutz der Gesundheit, körperliche Integrität und auf Privatsphäre vorrangig. Gesetzlich sei es möglich, die Schutzzonen im Sicherheitspolizeigesetz zu verankern, was die Möglichkeit auf Verwaltungsstrafen bieten würden. "Das ist nicht verfassungswidrig - die Politik versucht anscheinend, sich der Verantwortung zu entziehen und leistet damit Beihilfe zur Gesundheitsbeeinträchtigung."

#### **Frauen von Abtreibungsgegnern bedroht**

Laut Fiala wirken sich die Übergriffe auf die Patientinnen sehr negativ aus, da sich diese in der "Krisensituation" eigentlich nicht wehren könnten. Aus einer Befragung des Gynmed-Ambulatoriums geht hervor, dass sich über 60 Prozent der Patientinnen von den Abtreibungsgegnern zumindest "ein wenig" bedroht fühlten. Auf die Zahl der Abtreibungen haben die Demonstranten aber keinen Einfluss, erklärte Fiala. Rund 96 Prozent der Betroffenen seien dafür, dass die Demonstrationen gesetzlich verboten werden.

#### **Fanatiker bekommen Unterstützung von der Kirche**

Die Abtreibungsgegner haben Fiala zufolge meist einen religiösen Hintergrund, in Österreich sei vor allem die weltweit vernetzte Organisation "Human Life International" tätig. Die "Fanatiker" bekämen zum Teil auch Unterstützung aus der katholischen Kirche. "Wenn es nicht christliche, sondern muslimische Fundamentalisten wären, würde wahrscheinlich anders reagiert werden - das ist Doppelmoral", kritisiert der Arzt. Es sei falsch, zu warten, bis auch in Europa Ärzte ermordet werden oder Frauen Schwangerschaften wieder selbst abbrechen, appelliert Fiala an die Politik. "Es muss etwas passieren. Alles, was fehlt, ist der politische Wille."

[versenden](#) | [drucken](#) | [Leserbrief](#)